



# Presseerklärung

## der Frauen-Union der CDU Berlin

**Frauen – Union der  
Christlich Demokratischen  
Union Berlin**

**Die Landesvorsitzende**

03. April 2004

### **„Den Standardrentner gibt es nicht!“**

Die Bundesvorsitzende der Frauen – Union, Prof. Dr. Maria Böhmer (MdB) und die Landesvorsitzende der Berliner Frauen – Union, Edeltraut Töpfer (MdB), kritisieren rot-grüne Rentenreform

„Die rot-grüne Rentenreform ist eine Luftnummer!“ Dies erklären die Bundesvorsitzende der Frauen-Union der CDU, Maria Böhmer, MdB, und die Landesvorsitzende der Frauen-Union der CDU Berlin, Edeltraut Töpfer, MdB, in einer Diskussionsveranstaltung des Kreisverbands der Frauen-Union Steglitz-Zehlendorf und des CDU-Ortsverbands Berlin-Dahlem zur Altersvorsorge am Mittwoch. „Eine Rentenreform, die Schönfärberei betreibt und letztlich die Bürgerinnen und Bürger über die dringende Notwendigkeit einer Systemveränderung im Unklaren lässt, ist unehrlich und von vornherein zum Scheitern verurteilt“, mahnten Maria Böhmer und Edeltraut Töpfer. Die Bundesregierung hatte in ihrer unlängst vom Bundestag verabschiedeten Reform für das Jahr 2030 ein Mindestrentenniveau von 46 Prozent vorgesehen, der Beitragssatz soll dabei unter 22 Prozent liegen. Diese Festlegung sei unehrlich und provoziere bereits die nächste Reform. Denn die demografische Situation in Deutschland – immer weniger Einzahler in die Rentenkasse und immer mehr Rentnerinnen und Rentner – erfordere für ein Rentenniveau von 46 Prozent deutlich höhere Beiträge als 22 Prozent. Wolle man den im Erwerbsleben stehenden jungen Menschen keine Beiträge auferlegen, die ihre Leistungskraft überstiegen, sei die Beitragsstabilität nur mit einem Renteneinstiegsalter von 70 Jahren zu sichern. Dies der Bevölkerung nicht deutlich zu sagen, sei unredlich, so Böhmer und Töpfer.

Schon der zu den Rentenberechnungen herangezogene Standardrentner, der nach 45 Jahren Arbeit ein Rentenniveau von 48 Prozent seines letzten Einkommens erreiche, wiege die Menschen fälschlich in Sicherheit. Denn nur die wenigsten Bürgerinnen und Bürger erfüllten diese Definition. Die Rente der meisten Ruheständler liege nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft mit 42,6 Prozent bereits heute deutlich darunter. Die Studie zeige weiterhin, dass Rentnerinnen und Rentnern nicht durch ein Mindestniveau, sondern vor allem durch dauerhafte und hohe eingezahlte Beiträge geholfen sei. Der von Rot-Grün beschlossene Wegfall der Ausbildungszeit bei der Rentenberechnung treffe die Bürgerinnen und Bürger daher besonders.

Vor allem für Frauen sei dies belastend. Bedingt durch geringere Gehälter, durch Teilzeitarbeit und Kindererziehung seien besonders Frauen nicht in der Lage, sich durch Erwerbstätigkeit eine ausreichende eigenständige Alterssicherung zu erarbeiten, erläuterten die beiden Vorsitzenden. Vielen Frauen würde erst kurz vor Renteneintritt klar, dass sie im Schnitt eine um 500 Euro niedrigere Rente zu erwarten hätten als gleichaltrige Männer. Es sei daher entscheidend, Kindererziehungszeiten stärker als bisher in der Rente anzurechnen. Der CDU-Parteitag hatte im vergangenen Dezember entschieden, künftig allen Müttern, die neu in Rente gehen, zwei Kindererziehungsjahre mehr anzuerkennen. Mütter von Kindern, die vor 1992 geboren wurden, erhielten dann drei Kindererziehungsjahre, Mütter von nach 1992 geborenen Kindern fünf.